

# Die thai-kambodschanischen Beziehungen nach dem Sturz von Prinz Sihanouk

WALTER SKROBANEK

Seit dem 13. Mai dieses Jahres ist ein neues Blatt thai-kambodschanischer Geschichte aufgeschlagen worden. Es war der Tag, an dem die Außenminister der beiden Länder, Thanat Khoman und Yem Sambaur<sup>1</sup>, im Außenministerium zu Bangkok das gemeinsame Kommuniqué unterzeichneten, in dem sie den Beschluß über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden hinterindischen Staaten bekanntgaben. Die Beziehungen waren 1961 abgebrochen worden, nachdem sich beide Seiten einen heftigen Propaganda-Krieg um verschiedene Streitpunkte geliefert hatten. Schon zwei Tage aber, nachdem Staatschef Prinz Sihanouk im März dieses Jahres durch rechtsgerichtete Politiker gestürzt war, sah Thailands Außenminister Thanat Khoman den Tag der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen voraus. Und mit einem Blick zurück im Zorn entschied man an jenem 13. Mai, der Zusammenbruch der Beziehungen sei die Schuld von „just one man“ gewesen, wobei kein Zweifel besteht, daß Sihanouk gemeint war.

Die gegenwärtige Politik der Thai-Regierung zeichnet sich durch weit größere Nüchternheit aus, als das in der Ägide des Diktators Feldmarschall Sarit Thanarat (1957—1963) der Fall war. Damals mag der Vorwurf nicht ganz grundlos gewesen sein, Thailand suche unter dem Vorwand kommunistischer Bedrohung Gebiete des früheren Vasallenstaates für sich zurückzugewinnen. Damals war auch jener Politiker und Publizist Vichit Vatakarn Berater des Prime Minister's Office, der als Propagandist des Groß-Thaireiches während des Zweiten Weltkrieges behauptet hatte, die Kambodschaner hätten zu 90 Prozent Thai-Blut in ihren Adern. Zwar sind Teile der damaligen Regierungsmannschaft auch heute noch im Amt, doch Diktator Sarit und sein Chef-Ideologe Vichit sind tot. Mit dem Umsturz in Kambodscha und seinen Folgen ist der kommunistische Feind näher gerückt. Das verlangt mehr Pragmatismus und Behutsamkeit.

Ursprünglich sollte nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen auch über wirtschaftliche und verkehrstechnische Fragen verhandelt werden. Doch trotz einiger Ansätze dazu haben die Ereignisse der Zwischenzeit die thai-kambodschanischen Beziehungen weitgehend auf militärische Fragen reduziert. Aber gerade militärische Fragen entbehren für beide Seiten nicht einer gewissen Brisanz: Kambodscha, auch nach dem Umsturz vom März dieses Jahres dem Neutralismus verpflichtet, fällt es schwer, ein so anti-kommunistisches Land wie Thailand öffentlich um die Entsendung von Soldaten zu ersuchen. Thailand aber, dessen politische Führung angesichts der kommunistischen Bedrohung seit mehr als einem Jahrzehnt den Neutralismus als Weg für Südostasien bezweifelt hatte, sieht es recht gerne,

<sup>1</sup> Yem Sambaur ist inzwischen von Khoun Wick als kambodschanischer Außenminister abgelöst worden.

nun gebeten zu werden. Aber kann es die Wünsche seines Nachbarn wirklich erfüllen? Seit mehreren Monaten rang die Thai-Regierung mit der Frage, in welcher Weise sie das neue Regime unterstützen könne. Doch eine weitreichende Entscheidung zugunsten der Regierung Lon Nol ist bislang nicht gefällt worden. Es blieb weitgehend bei gegenseitigen Freundschaftsbezeugungen, Versprechungen und einigen „symbolischen Gaben“, wie Sim Var, einer der Architekten des Sturzes von Sihanouk, einmal klagte. So sandten die Thais Uniformen, Boote, Regenmäntel, Verpflegungsutensilien, Moskitonetze sowie die Ausstattung einiger Patrouillen-Boote mit Kanonen und Radiogeräten. Außerdem beteiligten sich die Thais an der Luftaufklärung in den Grenzgebieten, sie gewähren einen Reparaturdienst für Flugzeuge, die Ausbildung von kambodschanischen Offizieren in Thailand sowie die Aufstellung eines Freiwilligen-Korps aus „Thais kambodschanischer Herkunft“<sup>2</sup>. Aber auch dafür wollten die Thais nicht tief in ihre eigene Tasche greifen. Die Bezahlung und Bewaffung dieser Thai-Kambodschaner wollten sie nicht übernehmen, lediglich die Abhaltung eines achtwöchigen Trainingskurses. Was die Lieferung von Waffen in größerem Umfang betrifft, so lehnte Thailand höflich ab mit dem Hinweis darauf, daß die Waffen im Lande selbst gebraucht würden. Und in der Frage der Entsendung von Thai-Einheiten nach Kambodscha hielt Bangkok die neue Regierung in Pnom Penh mit einer Reihe von widersprüchlichen Erklärungen hin. Auf einen Nenner gebracht, bedeuten sie aber: Thailand wird nach Kambodscha einmarschieren, wenn es notwendig ist<sup>3</sup>.

Was hat die Thai-Regierung nun davon abgehalten, sich bislang in einen kambodschanischen Krieg zu stürzen, was so prominente Mitglieder des Kabinetts wie der stellvertretende Premier Praphat noch Anfang Juli unverblümt gefordert hatten? Ein Blick auf die Diskussion in der Öffentlichkeit gibt einige Hinweise darüber, welchen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Thailand sich im Augenblick gegenüber sieht.

Erst langsam formierte sich eine dann aber starke parlamentarische Opposition im Parlament gegen einen Einmarsch auch Thailands in Kambodscha. Am 25. Juni kam es zum ersten schweren Wortgefecht im Parlament zwischen Premierminister Feldmarschall Thanom Kittikachorn und einem linksstehenden Abgeordneten, der früher einmal wegen des Verdachts kommunistischer Beziehungen in Haft war. Dieser erklärte: „In Korea and Vietnam Thai forces have been stationed behind the lines, with the United States as the paymasters. However, in Cambodia with the withdrawal of the Americans on June 30, we would be in the front line. I don't like our troops to be known as mercenaries.“<sup>4</sup> Neben einigen unabhängigen Abgeordneten hat schließlich auch die größte Oppositionspartei, die Demokratische Partei, die knapp ein Drittel der Sitze im Parlament belegt, ihren Widerstand gegen die Entsendung von Truppen nach Kambodscha artikuliert und die widersprüchlichen

<sup>2</sup> Es handelt sich um kambodschanisch sprechende Minderheiten in verschiedenen Grenzprovinzen.

<sup>3</sup> Ausländische Korrespondenten-Berichte, wonach Thai-Soldaten bereits im Gefolge der amerikanisch-vietnamesischen Invasion nach Kambodscha versetzt wurden, sind kürzlich von einem Abgeordneten der oppositionellen Demokratischen Partei bestätigt worden. Obwohl auch der Abgeordnete die Anzahl der versetzten Thai-Soldaten nicht ermitteln konnte, kann es sich doch nur um ein unbeträchtliches Kontingent handeln, das an der vietnamesisch-kambodschanischen Grenze operiert. Vgl.: Bangkok Post, 28. Juli 1970.

<sup>4</sup> Bangkok Post, 26. Juni 1970.

Stellungnahmen der Regierung als Mangel an „definite policy“ gekennzeichnet. Diese Erklärung war um so erstaunlicher, als der Parteiführer Seni Pramot<sup>5</sup> einige Wochen zuvor eine Abstinenz-Erklärung abgegeben hatte: Seine Partei wolle sich in militärische und außenpolitischen Fragen nicht einmischen, weil nur die Regierung zu allen vertraulichen Informationen Zugang habe. Die neue Stellungnahme der Demokratischen Partei enthält auch die höchst entscheidende Frage an die Regierung: Inwieweit ist Thailand wirtschaftlich und militärisch in der Lage, Kambodscha zu helfen?<sup>6</sup>

Es gibt kaum ein deutlicheres Indiz für die völlig aus dem Gleichgewicht geratenen Staatsfinanzen als die drastische zehnpromzentige Steuererhöhung vom 1. Juli 1970. Die Regierung entschloß sich zu diesem Schritt, der rund 200 Importgüter betrifft, obwohl sie sich ausrechnen konnte, daß sie damit einen höchst unpopulären Weg geht. Und die Reaktion der Öffentlichkeit und des Parlaments war so heftig, daß die Kambodscha-Frage davon völlig überschattet wurde. Um ein Haar hätte die Regierung bei der nachträglichen Genehmigung für die Steuererhöhung durch das Parlament eine empfindliche politische Niederlage erlitten. Nur mit einer einzigen Stimme Mehrheit konnte sie die Zustimmung dafür im Parlament finden, und auch das nur nach Rücknahme der Steuererhöhung für Treibstoff und Zement. Noch längst sind die Staatsfinanzen nicht saniert. Innerparteiliche Schwierigkeiten in der Regierungsfraktion haben schließlich sogar dazu geführt, daß der Budget-Ausschuß in seiner Mehrheit aus Oppositionsabgeordneten zusammengesetzt ist. Um eine weitere politische Krise zu vermeiden, will die Regierung das Parlament von Mitte September 1970 an in die Ferien schicken, bis der Haushaltsplan entworfen ist. Unter solchen innenpolitischen Krisenerscheinungen wäre ein Einmarsch in Kambodscha ein riskantes Unternehmen.

Hinzu kommen strategische und politische Überlegungen. Für viele weitsichtige Thais ist der Krieg in Vietnam eine Lehre gewesen. Er habe gezeigt — so argumentieren sie — daß man in wenigen Monaten keinen Guerilla-Krieg in einem so stark mit Dschungel bedeckten Land wie Kambodscha gewinnen könne. Sie weisen ebenso auch die Strategie der Befürworter eines Einmarsches zurück, die den Feind vor den Grenzen des Landes vernichten wollen, um innerhalb des Landes den Frieden zu erhalten. Die Bekämpfung kommunistischer Einheiten in Kambodscha bedeute praktisch eine Kriegserklärung an die Guerillas, die verheerende Folgen für Thailand nach sich ziehen könne<sup>7</sup>.

Die militärischen Aspekte der thai-kambodschanischen Beziehungen sind aber keineswegs nur abhängig von der politischen Bereitschaft in den beiden Ländern, sondern sie sind auch eng verflochten mit dem amerikanischen Engagement in Süd-

<sup>5</sup> Seni Pramot war während des Krieges Botschafter in den USA und externer Gründer des „Free Thai Movements“ zur Beseitigung der japanischen Besetzung Thailands. Nach dem Krieg war er kurzfristig Premierminister.

<sup>6</sup> Bangkok Post, 1. Juli 1970.

<sup>7</sup> Thailand braucht die einheimischen Kommunisten vorerst nicht zu fürchten. Nach verschiedenen Schätzungen beläuft sich die Zahl der Guerillas auf wenige Tausende. Die Einschleusung ausländischer Soldaten und Agenten war bislang ebenfalls noch unerheblich. Eine gute Zusammenfassung der Pros und Kontras zur Einstellung Thailands in der kambodschanischen Frage bietet eine Podiumsdiskussion in der Chulalongkorn-Universität am 13. Juli 1970, an der auch der Innenminister und der Außenminister teilnahmen. Sie wurde in der Thai-Zeitung „Siam Rath“ wörtlich abgedruckt. Ab 23. August 1970 ff. Ausgaben.

ostasien. Aufgrund der finanziellen und politischen Schwierigkeiten im eigenen Lande wäre es den Thais höchst willkommen gewesen, wenn die Vereinigten Staaten die Vertreibung der kommunistischen Verbände vor der Haustüre selbst übernommen hätten. Die Thais wären dann wohl auch bereit gewesen, über eine militärische Mitwirkung à la Vietnam zu reden. So stellte sich die Thai-Regierung auch am Tage des Bekanntwerdens der amerikanisch-vietnamesischen Invasion in Kambodscha eindeutig hinter die Nixon-Entscheidung vom 30. April. Bangkok ließ verlauten, der amerikanische Entschluß sei in Übereinstimmung mit Thailands Wunsch nach alliierter Hilfe für die Beseitigung kommunistischer Stützpunkte in Kambodscha gefallen. Er stelle einen „step in the right direction“ dar, der das Ende des Krieges in Vietnam beschleunige<sup>8</sup>. Und noch am Tage vor dem fixierten Datum des amerikanischen Rückzuges der Bodentruppen aus Kambodscha versuchte der stellvertretende Premier General Praphat das Blatt zu wenden, indem er seine Kritik gegenüber dem Abzug zum Ausdruck brachte. Er ermahnte die Vereinigten Staaten, nicht ihr Prestige und ihre Verantwortung gegenüber Kambodscha zu vergessen: „The United States should not let this war-torn country face its own fate“. Er gab auch eine strategische Lektion: Die nach dem Abzug vorgesehenen amerikanischen Luftangriffe von Südvietnam aus auf Kambodscha seien zu unwirksam, um einen Krieg in einem so stark mit Dschungel bedeckten Land gewinnen zu können<sup>9</sup>.

Thailands politische Führung ist sich bereits seit längerem darüber im klaren, daß sie neue Wege suchen muß. Die Neuformulierung der amerikanischen Südostasien-Politik mit seiner Implikation des Rückzuges der US-Truppen ist lange genug bekannt. Aber in voller Deutlichkeit wurde sie offenbar, als der US-Senat weitere Mittel für Thailand strich, mit deren Hilfe eine eventuelle Entsendung von Truppen nach Kambodscha möglich gewesen wäre. Neue Wege sind auch geboten, nachdem sich die Southeast Asian Treaty Organization (SEATO) in den Augen Thailands als ein zu stumpfes Schwert erwiesen hatte, um den militärischen Erfordernissen der Region gerecht zu werden. In der gegenwärtigen Situation ist die Wirkungslosigkeit allerdings nicht allein den westlichen Bündnispartnern anzukreiden, sondern sie liegt auch in Kambodschas Widerwillen begründet, den letzten Schein von Neutralismus aufzugeben. SEATO-General-Sekretär General Jesus Vargas hatte zwar schon am 24. März 1970 Pnom Penh eingeladen, ein Hilfeersuchen zu stellen: „Any request from Cambodia will be considered by the SEATO-Council of Ministers.“ Aber Kambodscha lehnte es Ende Juli kategorisch ab, ein anti-kommunistisches Militärbündnis um Waffenhilfe zu ersuchen. Kambodschas Vizepräsident King Ang: „We not only do not plan to send a delegation to Manila, we refuse to send one.“

Die naheliegende Antwort auf die „Nixon-Doktrin“, wonach die Vereinigten Staaten im Falle einer kommunistischen Aggression nur mit Waffen und Material nicht aber mit Soldaten Hilfe leisten wollten, ist eine verstärkte regionale Zusammenarbeit in politischen, militärischen und wirtschaftlichen Fragen — ohne Mitwirkung der westlichen Mächte. Thailand kann sich beim Aufbau eines solchen Regionalsystems eine Führungsrolle ausrechnen. Die Sommerhälfte dieses Jahres war daher gekennzeichnet von verschiedenen diplomatischen Offensiven. Schon zwei Wochen nach dem Umsturz in Kambodscha hatte der thailändische Außenminister am 2. April zu

<sup>8</sup> Bangkok Post 2. Mai 1970.

<sup>9</sup> Bangkok Post 30. Juni 1970.

einem Treffen aller Nationen des pazifischen Asiens, einschließlich der kommunistischen Staaten, aufgerufen. Sein erklärtes Ziel war: „To devise a basis for peaceful co-existence.“ Ob er wirklich mit der Teilnahme der kommunistischen Staaten gerechnet hatte, bleibt dahingestellt. Offiziell erklärte er, obwohl Peking auf seine Appelle zu einem Dialog zwischen Thailand und der Volksrepublik China im vergangenen Jahr nicht geantwortet habe, sei er guter Hoffnung: „At the 1955 Afro-Asian Conference in Bandung Communist China had displayed a comparatively moderate policy.“<sup>10</sup> Thanat glaubte damals auch voraussagen zu können, die Vereinigten Staaten suchten keine militärische Lösung in Kambodscha. Aber die Ereignisse der Nixon-Entscheidung vom 30. April über die Invasion in Kambodscha hatten die politische Landschaft und den Sinn der geplanten „Asian Front“ gänzlich verändert. Die Konferenz, die am 16. und 17. Mai unter Mitwirkung von zwölf Nationen in Djakarta stattfand, war zum Scheitern verurteilt und zwar zumindest aus drei Gründen:

1. Die kommunistischen Staaten des pazifischen Asiens lehnten es ab, an der Asian Front teilzunehmen, wodurch bei der Diskussion über friedliche Koexistenz der eine Partner fehlte.
2. Die amerikanische Intervention hatte eine Diskussion über friedliche Koexistenz weiter torpediert. Hinzu kommt, daß die Konferenzteilnehmer den kambodschanischen Partner nicht recht davon überzeugen konnten, sein Ersuchen um militärische Hilfe auf der Konferenz zurückzuziehen.
3. Der Versuch, die Internationale Kontrollkommission für Kambodscha wiederzubeleben, scheiterte bislang am Widerstand der Sowjetunion und Polens.

Aber immerhin steckte die Konferenz das Terrain der Aktionsmöglichkeiten für Thailand ab. Und der thailändische Außenminister zimmert an der Idee eines regionalen Kooperationssystems weiter. Ein neues Indiz dafür war im Juli die Bekanntgabe der Notwendigkeit eines kollektiven Verteidigungsbündnisses, dem die Staaten Südostasiens angehören sollten. Am 16. Juli stimmten auch der thailändische Premierminister Feldmarschall Thanom Kittikachorn und der vietnamesische Vizepräsident Nguyen Cao Ky in Bangkok darüber überein, einen Indochinapakt als Militärbündnis aufbauen zu wollen. Aber auch dieses Projekt, zu früh an die Öffentlichkeit gelangt, scheiterte — kaum in seiner Idee konzipiert. Laos (aufgrund seiner Neutralitätsbindung) sowie Malaysia und Indonesien lehnten höflich ab. Und der vietnamesische Staatspräsident Nguyen Van Thieu dupierte gar seinen Vize, indem er eine formelle Allianz zurückwies. Dem kambodschanischen Staatspräsidenten Cheng Heng und dem Premier Lon Nol gegenüber bezeichnete er einen solchen Pakt als „not practical, not realistic, not urgent, not necessary“<sup>11</sup>.

Thailands gespaltenes Verhältnis zu den USA spiegelte sich in dem Agnew-Besuch vom 28. August in Bangkok wider. Einen Tag vor der Ankunft des amerikanischen Vizepräsidenten gab Premierminister Thanom den Beschluß seiner Regierung bekannt, das Thai-Expeditionskorps aus Vietnam abzuziehen — möglichst alle 12 000 Soldaten. In der Thai-Presse wurde zwar gemunkelt, diese Entscheidung sei Folge des Beschlusses des US-Senates, die Ausgaben für thailändische und koreanische Truppen in Vietnam zu beschneiden. Die offizielle Begründung lautete jedoch,

<sup>10</sup> Bangkok Post 3. April 1970.

<sup>11</sup> Bangkok Post, 18. Juli 1970.

Thailand brauche die Soldaten zur Verstärkung der Grenze nach Kambodscha und Laos hin<sup>12</sup>. Thanom hatte ursprünglich nicht vor, den US-Vizepräsidenten am Flughafen zu empfangen. Und Außenminister Thanat sparte in den Wochen davor nicht mit unfreundlichen Kommentaren über bestimmte Elemente in der amerikanischen Politik. Doch gemessen an dem Klima der Gespräche und den Kommentaren der Thai-Regierung nach Agnews Abreise war die Visite ein Erfolg geworden<sup>13</sup>. Agnew scheint auch an der neuen Formel Gefallen gefunden zu haben, mit der Thailand die Nixon-Doktrin bedacht hat: „Southeast Asianisation“, eine Ausweitung des Begriffes „Vietnamisierung“ auf die Länder Laos, Kambodscha und Thailand, wobei sich Thailand zugute hält, bereits seit sechs Jahren die Nixon-Doktrin zu verwirklichen, indem es nie amerikanische Soldaten zur Bekämpfung der kommunistischen Guerillas in Anspruch genommen habe. In welche praktische Form die „Southeast Asianisation“ gegossen werden soll, ist bislang unklar. Außenminister Thanat, offenbar durch frühere Erfahrungen gewarnt, legte Wert auf die Feststellung, daß es sich dabei um keinen Militärpakt handeln werde. Anscheinend zielt die Politik der Thai-Regierung auf bilaterale Vertragsbindungen ab.

Was das Verhältnis zu Kambodscha betrifft, so faßte Thanat die Lage nach dem Agnew-Besuch folgendermaßen zusammen:

„We have no desire to introduce troops into Cambodia, indeed we have told the Cambodian leaders our policy. The introduction of foreign troops creates a number of problems. It is our last wish to create such problems.“<sup>14</sup>

Thailands Regierung erweckt zur Zeit den Eindruck, als habe sie damit die Frage des Truppeneinmarsches ad acta gelegt. Auch über das Durchhaltevermögen der kambodschanischen Regierung hört man nun optimistischere Kommentare. Mit der Unterstützung südvietnamesischer Einheiten und unter dem Feuerschutz von US-Kampfflugzeugen sei es der kambodschanischen Armee gelungen, den kommunistischen Ansturm aufzuhalten und sogar stellenweise zurückzudrängen. Auf längere Sicht hofft Thailand darauf, daß es Pnom Penh gelingt, die Kommunisten beim Aufbau einer einheimischen Armee zu überrunden. Auch Kambodscha scheint diesen Weg lieber zu gehen, als das von den USA bewilligte Geld zur Stationierung ausländischer Truppen ausgeben zu müssen. Ob damit aber die Frage eines thailändischen Engagements in noch stärkerem Umfang als bisher ad acta gelegt ist, bleibt dahingestellt, da sowohl die Vereinbarungen mit Agnew als auch die Strategie der Kommunisten in Kambodscha unbekannt sind.

Für eine flexible Form des militärischen Einsatzes hat die Regierung Lon Nol Thailand eine Blanko-Vollmacht ausgestellt. Mit der Erlaubnis für Thai-Militär, jederzeit die Grenzen überschreiten zu dürfen, hat Pnom Penh die rechtlichen Voraussetzungen für ein plötzliches Eingreifen durch Thailand geschaffen. Auch was in der öffentlichen Stellungnahme der Thai-Regierung lediglich als Aufklärungsflüge in

<sup>12</sup> Die Vereinigten Staaten hatten jährlich 50 Millionen Dollar für die Stationierung der Thai-Truppen in Vietnam gezahlt.

<sup>13</sup> Die thailändische Öffentlichkeit ist über den Agnew-Besuch nicht sonderlich gut informiert worden, weil die Presse die Berichterstattung darüber aus Protest gegen das geplante Pressegesetz boykottiert hat.

<sup>14</sup> Bangkok Post, 30. August 1970. Die Erklärung zeigt auch, daß die Thai-Regierung jene Spannungen vermeiden will, wie sie zwischen südvietnamesischen Militärs und der kambodschanischen Zivilbevölkerung aufgebrochen sind.

Grenzgebieten deklariert war, wird beträchtlich ausgeweitet: Anfang September wurde bekannt, daß Thai-Kampfflugzeuge nordvietnamesische und Vietkong-Einheiten im Umkreis von Pnom Penh bombardiert haben<sup>15</sup>, um, wie es hieß, eine kommunistische Machtübernahme zu vereiteln. Das aber wird Thailand auf jeden Fall zu verhindern suchen, sonst wäre dieses neue Kapitel thai-kambodschanischer Beziehungen nur eine kurze Episode gewesen und ein wichtiges Glied in dem Programm der sogenannten „Southeast Asianisation“ wäre herausgebrochen.

<sup>15</sup> Bangkok Post, 5. September 1970.